

Lärmaktionsplan: Tempo 30

Gemeinden sind verpflichtet „Lärmaktionspläne“ zu erstellen, wo jährlich mehr als 3 Mio. Autos fahren. Das ist in Barmstedt in der Pinneberger Landstraße der Fall. Die einfachste, kostengünstigste und wirkungsvollste Maßnahme zur Lärm- und Schadstoffreduktion ist die Einführung von Tempo 30. Ebenso auch in anderen vielbefahrenen Straßen (Mühlenweg/Spitzerfurth) und im innerstädtischen Bereich: also in ganz Barmstedt. Es kann nicht hingegenommen werden, dass sich die für Kreis- und Landesstrassen zuständigen Behörden dagegen sperren.



Neues vom Bürgerbus

Fast seit einem Jahr wird über die Einrichtung eines „Bürgerbus“ in Barmstedt diskutiert. Die Meinungen in der Politik gingen dabei recht weit auseinander. Sind die Kosten nicht zu hoch, gibt es überhaupt einen Bedarf und gibt es genügend Ehrenamtliche? Das waren nur einige der aufgeworfenen Fragen. Im Ergebnis der Diskussionen war klar, dass der von der BALL und auch vom Seniorenbeirat favorisierte „Bürgerbus“ zurzeit keine Mehrheit finden würde.

Auf den Plan gerufen hat diese Diskussion jetzt aber die Verantwortlichen für den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) im Kreis Pinneberg. Vor einiger Zeit herrschte dort noch die Meinung vor, Barmstedt wäre gut versorgt. Nun gibt es aber doch Überlegungen das Angebot auszubauen. Auf der Sitzung des Sozialausschusses (12. 5.) informierte der Manager des Kreises für den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV), Claudius Mozer, über die Möglichkeiten des Ausbaus. So könnten die Taktzeiten bei den vorhandenen Buslinien verbessert werden. Und auch eine Veränderung der Linienführung wäre möglich, um Wohngebiete anzuschließen. In einer Vorlage der Mobilitätswerkstatt des Kreises ist Barmstedt außerdem als potenziell geeignet für den „on-demand-Verkehr“ (Bedarfsverkehr) eingestuft worden. Damit ist die Möglichkeit der Ausweitung eines „Rufbusses“ gegeben. Dieses Angebot gibt es bereits – es ist in der Bevölkerung jedoch kaum bekannt. Der Ausschuss hat einstimmig beschlossen entsprechende Anträge an den Kreis Pinneberg zu stellen. Und in den kommenden Wochen sollen gemeinsam konkrete Vorschläge erarbeitet werden, die dann beim Kreis eingereicht werden. Es bleibt dann abzuwarten, wie ein neues Mobilitätsangebot aussehen wird und ob es in der Form auch angenommen wird. Sollte sich herausstellen, dass der Service nicht ausreichend ist, wird die BALL den ehrenamtlichen „Bürgerbus“ erneut auf die Tagesordnung setzen. Wenn Sie hierzu Vorschläge beitragen möchten, wenden Sie sich gerne an die Mitglieder der BALL-Fraktion. bzw. per mail an: Klaus.Kuberzig@Barmstedt.de

Haushalt der Stadt für 2020:

Rettungsschirm notwendig

Ende April beschloss die Stadtvertretung den Haushalt für 2020. BALL-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Thiel begrüßte, dass wichtige, von der BALL-Fraktion unterstützte Maßnahmen und Projekte umgesetzt werden können: der Bau des neuen Kindergartens an der Düsterlohe, die Schaffung weiterer Kita-Plätze, die Unterhaltung des Seniorenheims mit allem Erforderlichen, der Neubau der Stadtbücherei, die Fertigstellung der Kampstraße und Neuen Straße, die Schulkinderbetreuung, die Schulsozialarbeit, die Hilfen für Flüchtlinge, die angemessene Ausstattung der Schulen, dringende Unterhaltungs- und Energieeinsparungsmaßnahmen an den Schulen und öffentlichen Einrichtungen, die Unterstützung der sozialen und kulturel

Dr. Günter Thiel
Fraktionsvorsitzender



len Einrichtungen, der Sportvereine sowie die Erhaltung bzw.



der notwendige Ausbau der Arbeitsplätze bei der Stadt, den Stadtwerken und dem Seniorenheim.

Auf der anderen Seite kritisierte die BALL, dass im Haushalt zu ganz wichtigen Fragen nichts oder wenig steht: Die Unterstützung der offenen Seniorenarbeit mit 6.500,- Euro im Jahr ist angesichts des hohen Anteils

älterer Menschen in Barmstedt mehr als bescheiden. Die Ausstattung der Schulen mit Lernmitteln ist seit Jahren zu niedrig, so dass die gesetzlich verbrieft Lernmittelfreiheit nicht gewährleistet ist und die Eltern viel zu viel hinzuzahlen müssen. Bei der dringenden Erweiterung der ärztlichen Versorgung gibt es bislang keine Ergebnisse.

Und – aus Sicht der BALL – ganz wichtig: Es muss mit dem Bau von ca. 40 bezahlbaren Sozialwohnungen – durch die Stadt selbst oder eine Wohnungsbau-genossenschaft – voran gehen. Der Haushaltsplan für das Jahr 2020 sieht ein Defizit bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben von rd. 5.6 Mio. vor. Die „Corona-lock-down-Maßnahmen“

in etlichen Ländern führen in den Gemeinden zu erheblichen Steuerausfällen und gleichzeitig wird durch steigende Arbeitslosigkeit und soziale Not der Hilfebedarf steigen. Schätzungen bewegen sich zwischen 20 und 60 Mrd. Euro an Mehrbelastungen für die Gemeinden. Wenn es nicht zu erheblichen Hilfsmaßnahmen vor allem für besonders finanzarme Gemeinden wie Barmstedt kommt, kann das Haushaltsdefizit der Stadt noch in unvorstellbare Höhe anwachsen. Es ist zu befürchten, dass die Hunderten von Milliarden, die jetzt verteilt werden - u. a. an Konzerne, die vor kurzem noch Milliardengewinne einfuhren –, am Ende von den arbeitenden Menschen in irgendeiner Form wieder heringeholt werden. „Wir sollten nach der akuten Krise alle staatlichen Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden auf den Prüfstand stellen“, sagte der Bewerber für den CDU-Vorsitz Friedrich Merz, früherer Aufsichtsratschef des US-Finanzkonzerns BlackRock, der Passauer Neuen Presse. Das gelte für Subventionen ebenso wie für soziale Leistungen. Die BALL wird sich zusammen mit anderen dafür einsetzen, dass es in Barmstedt nicht zum sozialen Kahlschlag kommt.

Nach 75 Jahren:

Karl-Mohr-Straße

Am 8. Mai 1945 – vor 75 Jahren – war nahezu ganz Europa von Faschismus und Krieg befreit. In Deutschland empfanden vor allem die Überlebenden der Konzentrationslager und Zuchthäuser und ihre Angehörigen, die befreiten Zwangsarbeiter*innen den 8. Mai als den lang ersehnten Tag der Befreiung. Aber auch alle, die heute leben, verdanken die Chance eines Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt den alliierten Streitkräften. Die Rote Armee und die sowjetische Bevölkerung hatten die allergrößte Last des Krieges zu tragen. Mehr als 55 Millionen Menschen fielen Naziterror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer.

Der 8. Mai ist auch ein guter Tag, um an den mutigen Widerstand gegen die Nazi-Diktatur zu erinnern. Dieser Widerstand wurde – wie an vielen Orten – auch in Barmstedt vor allem

getragen von jungen Arbeitern, Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Die im Verhältnis zur damaligen Größe Barmstedts (rd. 4.500 EW) hohe Anzahl von Verhaftungen von Antifaschisten deutet die Stärke dieses Widerstands noch bis zwei Jahre nach der Machtübernahme der Nazis an. Eine Auswahl (in: Gerhard Hoch: Vergangenheitsbewältigung in Barmstedt; Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 1993):

Am 20.6.1933 holten SA und SS nachts mehrere Barmstedter Nazi-Gegner aus den Betten, zwangen sie in den Wald, legten Stricke um ihren Hals und feuerten Schüsse ab und vollzogen so „Schein Hinrichtungen“.

Am 4.7.1933 verteilten Barmstedter Antifaschisten Flugblätter gegen die Nazi-Diktatur und wurden dabei verhaftet und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, so u. a. Theo Decker, da-

mals 19 Jahre alt, zu eineinhalb Jahren. Im Juli 1934 wurden erneut sieben Barmstedter wegen verschiedener Widerstandshandlungen verhaftet: Johann Möller (Schmied), Heinrich Neben (Maler), Hans Sahlmann (Maurer), August Paetzel (Arbeiter), Willi Möller (Schuhmacher), Erich Rüssau (Maler) und Robert Decker (Maurerlehrling). Johann Möller wurde 1,5 Jahre ins Gefängnis gesperrt und Heinrich Neben in das Konzentrationslager Esterwegen.

Am 19.12.1934 folgte die nächste Verhaftungswelle im Kreis Pinneberg, bei der 11 Barmstedter Antifaschisten verhaftet wurden. Sie saßen bis April 1935 in der Strafanstalt Fuhlsbüttel in Einzelhaft und kamen dann ins KZ Esterwegen. Die Barmstedter, die sich für ihren Widerstand in unserer Stadt verdient gemacht haben, waren: W. Starkjohann, Ernst Kunde, Hans Sahlmann, J. Strecker, Hans Decker, L. Zeise, H. Kernberger, H. Weiß, J. Schinkel, Erich Rüssau und Emil Schnell.

Als am 8. Mai 1945 der Krieg vorbei war, wurden auch in Barmstedt antifaschistisch-demokra-

tisch gesonnene Menschen gesucht, die sich um die Linderung der Not und den Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens kümmerten. So setzte die britische Militäradministration den Sozialdemokraten Karl Mohr im Jahre 1945 als ersten Bürgermeister Barmstedts ein. Kurz



zuvor am Kriegsende war Karl Mohr aus dem KZ Neuengamme befreit worden. Damals war der Bürgermeister, etwa vergleichbar dem heutigen Bürgervorsteher, der Vorsitzende des Stadtparlaments. Karl Mohr gehörte zum damaligen Kreis Barmstedter Antifaschisten. Als Anfang Juli 1934 auf dem Marktplatz die Schlussveranstaltung des Kinderfestes stattfand, wurde Karl Mohr zusam-

men mit zwei weiteren Barmstedtern (Wilhelm Hermsmeier, Franz Winterberg) inhaftiert, weil sie sich geweigert hatten beim Absingen der üblichen Nazi-Lieder den Arm zum Hitler-Gruß zu erheben und die Kopfbedeckung abzunehmen. Zusätzlich zertrümmerten die Nazis die Fensterscheiben der Wohnung von Karl Mohr in der Reichenstraße. Nachfolger Karl Mohrs als Bürgermeister wurde 1946 der Kommunist Johannes Pyterek, Karl Mohr wurde dann 1946 der erste Barmstedter Stadtdirektor, der wie heute die Bürgermeisterin die Verwaltung leitete.

Karl-Mohr-Straße

In Erinnerung an diejenigen, die in Barmstedt nicht die Nazi-Barbarei unterstützten, und in Erinnerung an diejenigen, die unter schwersten Bedingungen das Leben und ein demokratisches Gemeinwesen in Barmstedt vor 75 Jahren wieder in Gang brachten, schlägt die BALL die Benennung der Straße im Neubaugebiet an der Gr. Gärtnerstraße (ehemalige Baumschule) in Karl-Mohr-Straße vor. Der Bauausschuss am 18.5. folgte diesem Vorschlag.

CORONA – und nun?

Ein unsichtbarer Virus hat unser Leben durcheinandergewirbelt und gezeigt wie viele „Selbstverständlichkeiten“ plötzlich nicht mehr da waren und sind. Viele Leute fragen, wann das Leben wieder normal wird. Aber kann und darf es die „Normalität“ wie vor der Krise wieder geben?

In jeder Krise steckt auch die Möglichkeit einer Veränderung. Es wäre fatal, die in den letzten Wochen und Monaten gewonnenen Erkenntnisse nicht zu berücksichtigen. Die Frage ist daher: Wie wird sich unsere Gesellschaft entwickeln? Werden Eigennutz und Ellenbogen das bestimmende Element sein oder ein Miteinander und Füreinander – über unsere Landesgrenzen hinaus. Besonders FDP und CDU haben sich seit vielen Jahren für eine Liberalisierung der Wirtschaft eingesetzt. Der Markt wird schon regeln, dass alles läuft, war und ist die Devise. Dieselben Unternehmer und ihre Verbände, die nicht oft und laut genug von staatlicher Planung und Einflussnahme gewarnt haben, waren jetzt die ersten, die nach Finanzspritzen gerufen haben. Und es

Klaus Kuberzig
Vorsitzender
Ausschuss für
Jugend u. Soziales



ist einfach nur dreist, wenn die betrügerischen Automanager wieder einmal nach steuerfinanzierten Kaufprämien für Neuwagen rufen. Dieselben Manager, die ihre Beschäftigten über das Kurzarbeitergeld von der Allgemeinheit bezahlen lassen, aber gleichzeitig Milliarden Dividenden ausschütten wollen. Oder wie die Lufthansa. Dieser Konzern erhält Milliarden Hilfen aus Steuergeldern, besitzt aber Steuerhinterziehungsfirmen in Panama und auf den Cayman-Inseln! Warum geht es bei uns nicht so wie z. B. in Dänemark: Wer Gewinne an Aktionäre ausschüttet, erhält keine Steuergelder.



Deutsche Großkonzerne wintern jetzt die Chance, ihren weltweiten Einfluss zu vergrößern. Da Deutschland wirtschaftlich bessergestellt ist als andere Länder, können hier auch mehr Hilfen fließen. Dadurch wäre es möglich, Konkurrenten vom Markt zu verdrängen oder zu übernehmen. Damit könnte auch eine Spaltung innerhalb der EU vorangetrieben werden.

Die Privatisierung großer Teile des Gesundheitswesens hat dafür gesorgt, dass seit 1995 mehr als 300 Krankenhäuser geschlossen wurden. Damit einher verringerte sich die Zahl der Krankenhausbetten um rund 110.000. Gleichzeitig ist bundesweit auch die Zahl der Mitarbeiter*innen in den Gesundheitsämtern verringert worden. In Zeiten einer Krise, wie wir sie heute haben, zeigt sich, wie fatal so eine Politik sein kann.

Als Dankeschön für ihren Einsatz wurden Beschäftigte in Krankenhäusern und in Pflegeberufen regelmäßig beklatscht. Sicher: eine nette Geste! Aber eine tariflich bessere Bezahlung und die Verbesserung von Arbeitsbedingungen in allen Bereichen mit niedrigen Löhnen sind das Gebot der Stunde.

„Vor dem Virus sind alle Menschen gleich“ heißt es. Leider stimmt das nicht! Menschen, die

in schlechter bezahlten Berufen arbeiten, sind höherer Ansteckungsgefahr ausgesetzt – in Krankenhäusern, Supermärkten und anderen Bereichen. Es geht dabei auch um ethische Fragen und die Würde der Menschen. Was ist davon zu halten, dass wir Schutzmasken tragen (müssen), ausländische Wanderarbeiter aber in unzumutbaren Wohnverhältnissen ohne Mindestabstand leben und ungeschützt arbeiten müssen. So zurzeit in Schlachthöfen und auf Spargel- und Erdbeerfeldern. Kann es unegal sein, dass diese Menschen einem hohen Risiko ausgesetzt sind – damit wir möglichst billige Lebensmittel erhalten und die Lebensmittelkonzerne hohe Gewinne machen können?

Warum eigentlich muss in der Wirtschaft immer alles noch viel schneller, noch viel höher und noch viel weiter gehen? Das geht nur auf Kosten der Natur, der Artenvielfalt – letztlich auf Kosten unserer Lebensgrundlagen.

Bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts hat der britische Philosoph John Stuart Mill formuliert, dass die Wirtschaft nicht unbegrenzt wachsen dürfe, weil sonst Natur vernichtet würde. Und steigender Wohlstand sei auch immer eine Frage der gerechten Verteilung des Ertrages.

Wenn jetzt über Wirtschaftshilfen diskutiert wird, könnten wegweisende Entscheidungen getroffen werden. Die finanzielle Unterstützung der Gemeinden zum Beispiel. Hier könnten Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur in Gang gesetzt werden (öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitswesen,...). Und ein „Neustart“ sollte auch mit Auflagen in Bezug auf Klimafreundlichkeit und Umweltschutz verbunden werden. Dazu gehört auch der Ausbau der E-Mobilität.

Das wäre richtungsweisend – nicht das Zurücknehmen von Verordnungen, wie von verschiedenen Lobbyverbänden gefordert. Traurig, dass auch ein grüner Ministerpräsident Kaufprämien für Autos mit Verbrennungsmotoren fordert.

Gewiss ist, dass dieses nicht die letzte Krise gewesen sein wird. Sie hat uns aber schon jetzt gezeigt, dass wir die Welt anders sehen und anders denken müssen. Dabei werden auch radikale Veränderungen notwendig sein. Diese zu meistern – ohne Teile der Bevölkerung zurückzulassen – wird eine schwierige Aufgabe sein. Die große Solidarität der letzten Wochen in unserer Gesellschaft ist eine solide Grundlage dafür.

Neues aus dem Ausschuss Kultur, Schule und Sport



Britt Schölermann
stellvert. Ausschussvorsitzende

Suche nach neuem Träger für GSS-Mensa

Als Folge der Corona-Pandemie hat der derzeitige Träger der Mensa der Gottfried-Semper-Schule In Via e.V. aus Hamburg unerwartet den Dienstleistungsvertrag mit der Stadt gekündigt. Damit endet die Zusammenarbeit mit In Via

nach diesem Schuljahr nach gerade einmal 2 Jahren. Der Ausschuss hat einstimmig beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, Verhandlungen mit dem Anbieter Campus Catering aufzunehmen, der bereits erfolgreich mit einigen Elmshorner Schulen zusammen arbeitet.

Neue Kursgebühren: Elternproteste mit Teilerfolgen

Nachdem die Kurse des Offenen-Ganztags-Angebots der Gottfried-Semper-Schule in diesem Jahr sehr gering nachgefragt wurden und viele Eltern in der ersten Kultur, Schule und Sport-Ausschusssitzung des Jahres ihr Unverständnis über die stark gestiegenen Kurspreise nach der Übernahme der Johanniter äußerten, hat der Ausschuss ein neues Preis-

konzept beschlossen, für das auch die BALL stimmte. Eine eingerichtete Arbeitsgruppe zu dem Thema konnte ihre Arbeit wegen der Corona-Pandemie nicht aufnehmen, daher haben die Verwaltung und die Johanniter das neue Preiskonzept erarbeitet. Die Kurse werden im neuen Schuljahr je nach verursachten Kosten in unterschiedliche Beitragsgruppen unterteilt und kosten dann 5,-, 10,- oder 25,- Euro im Monat.

Stadtwerkeleiter:

Wechsel fällig

Wie der Presse zu entnehmen war, will der Stadtwerkeleiter F. Freyermuth sein Arbeitsverhältnis beenden. Damit zieht er die Konsequenz aus einer mit immer mehr Problemen belasteten Entwicklung, die auch den lange Zeit vorhandenen Rückhalt im Werkausschuss dahinschmelzen ließ: gehäufte Konflikte und fehlende Kooperation mit der Bürgermeisterin und der Stadtverwaltung, unzureichende Respektierung der Mitbestimmungsrechte des Personalsrats, wie die „verdi“-Gewerkschaft in einem Brandbrief monierte. Hinzu kamen einzelne konfliktbeladene Aktionen beim Ausbau des Breitbandnetzes in anderen Gemeinden ohne hinreichende Abstimmung mit den zuständigen Gremien. Auf Kritik stieß auch der Verkauf von Hunderttausenden von Kubikmetern Trinkwassers zu Sonderkonditionen an die Meierei/Käsefabrik. Dann wurden Prozesse wegen unrechtmäßiger Vertragskündigungen verloren mit einem – im schlimmsten Fall – Schaden bis zu rund 1,2 Millionen Euro. Dabei hatte der verlorene Prozess gegen den IT-Dienstleister C 319 einen besonderen Beigeschmack und einige Kuriosität: Vorbei an den städtischen Gremien und

ohne Information der Bürgermeisterin hatte der Werkleiter einen Dienstleistungsvertrag über fünf Jahre und einem Auftragsvolumen von gut 1 Millionen Euro an C 319 vergeben – ohne öffentliche Ausschreibung. C 319 – dahinter verbarg sich sein damaliger (mindestens) sehr guter Bekannter („gemeinsamer Urlaub“, „gemeinsame Grillabende“; HA) O. Lorenz. Der Vertrag sah keine Kündigungsmöglichkeit vor.... Der Werkleiter änderte nach etwa einem Jahr die Beurteilung von C 319 und kündigte dann den Vertrag fristlos wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten, die vom Landgericht allerdings als nicht schwerwiegend genug für eine fristlose Kündigung angesehen wurden: Stadtwerke und Stadt müssen den riesigen Schaden abarbeiten. Dank des Engagements der gesamten Belegschaft konnten sich die Stadtwerke in den letzten Jahren im Konkurrenzkampf auf dem „liberalisierten“ Markt behaupten. Die Stadtwerke haben durch die vom Werkausschuss unterstützte Initiative Freyermuths mit dem Aufbau des Breitbandnetzes und Xitylight ein wichtiges neues Geschäftsfeld aufgebaut. Wie in der Vergangenheit steht die BALL wie alle Fraktionen in der Stadtvertretung – voll und ganz hinter dem kommunalen Unternehmen mit demnächst einer neuen Leitung.

Stadtverwaltung erarbeitet Machbarkeitskonzept:

Bezahlbare Wohnungen

Ende August letzten Jahres beschloss die Stadtvertretung einen Antrag der BALL-Fraktion zum Bau von ca. 40 öffentlich geförderten bezahlbaren Wohnungen bzw. im Sozialen Wohnungsbau. Die Kaltmiete sollte etwa bei 6,- Euro pro Quadratmeter – ca. 300,- Euro bei einer 50 m²-Wohnung – liegen, und selbstverständlich sollten die Wohnungen durch hohe energetische Standards auch geringe Nebenkosten haben. Damit soll ein Zeichen gegen die hohen Mieten auch in Barmstedt gesetzt werden und Wohnraum für Menschen mit niedrigem bzw. normalem Einkommen geschaffen wer-



den. Die Stadt soll nach Vorstellung der BALL den Bau u. a. durch die Bereitstellung des Grundstücks fördern.

Die Stadtverwaltung wurde beauftragt die Machbarkeit zu prüfen und ein Konzept zu er-

stellen, das dann im Sozial- und Bauausschuss beraten werden kann. Anfang März 2020 legte die Bürgermeisterin im Sozialausschuss einen ersten Entwurf vor, der im nächsten Schritt u. a. die Klärung folgender Fragen vorsieht:

- 1) Sollen die ca. 40 Wohnungen an einem oder mehreren Standorten erreicht werden?
- 2) Welche Fördermöglichkeiten bietet das Land und der Bund?
- 3) Welche energetischen Standards können umgesetzt werden?
- 4) Sollen die Wohnungen in kommunaler Trägerschaft oder mit einer Wohnungsbaugenossenschaft realisiert werden?
- 5) Welche geeigneten Grundstücke sollten für das Vorhaben geprüft werden?
- 6) Wie und in welcher finanziellen Höhe kann die städtische Beteiligung aussehen?

In der letzten Bauausschusssitzung erkundigte sich die BALL nach dem weiteren Stand der Konzepterstellung. Nach Aussage der Verwaltung könnte das Konzept nach den Sommerferien in den zuständigen Ausschüssen beraten und beschlossen werden.